



Open Access Repository

www.ssoar.info

Altern im Wandel: zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey

Mahne, Katharina; Wolff, Julia K.; Simonson, Julia; Tesch-Römer, Clemens

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mahne, K., Wolff, J. K., Simonson, J., & Tesch-Römer, C. (2017). Altern im Wandel: zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey. In K. Mahne, J. K. Wolff, J. Simonson, & C. Tesch-Römer (Hrsg.), *Altern im Wandel: zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)* (S. 11-28). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-12502-8_1

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0>

1. Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey

Katharina Mahne, Julia K. Wolff, Julia Simonson & Clemens Tesch-Römer

Der demografische und soziale Wandel führt zu weitreichenden Veränderungen in Deutschland. Eine ‚Gesellschaft des langen Lebens‘, wie sie sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, ist ein großer Erfolg. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts erleben immer mehr Menschen ein höheres und sogar sehr hohes Lebensalter. Dieser Wandel bringt eine Vielzahl von Chancen für Individuen und Gesellschaft mit sich. Durch eine verbesserte Gesundheit und durch die länger werdende nachberufliche Lebensphase ist es vielen Menschen in Deutschland möglich, ein gutes Leben im Alter zu führen und dabei ihre Lebensumstände bis ins hohe Alter aktiv mitzugestalten.

Allerdings sind neben diesen Chancen auch individuelle und gesellschaftliche Herausforderungen zu nennen: Das veränderte Verhältnis von Alten zu Jungen – mehr älteren Menschen stehen weniger junge Menschen gegenüber – wirft neue Fragen hinsichtlich der Finanzierung von Renten-, Gesundheits- und Pflegeversicher-

ung auf. Weil immer mehr Menschen das hohe und sehr hohe Alter erleben, sind auch mehr Menschen von Mehrfacherkrankungen oder Pflegebedürftigkeit betroffen. Dies stellt Politik und Gesellschaft in Deutschland vor die Herausforderung, soziale Teilhabe und Integration für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen zu gewährleisten.

Im vorliegenden Buch werden Befunde des Deutschen Alterssurveys aus dem Jahr 2014 vorgestellt, einer seit 1996 durchgeführten repräsentativen Befragung von Menschen in der zweiten Lebenshälfte in Deutschland. Im vorliegenden Einführungskapitel stellen wir zunächst den Deutschen Alterssurvey vor und diskutieren Integration und Teilhabe als übergeordnete Ziele der Alternspolitik. Wir beschreiben den sozialen Wandel, der Lebenssituationen in der zweiten Lebenshälfte mitbestimmt und stellen abschließend Faktoren dar, anhand derer sich Vielfalt und Ungleichheit in der zweiten Lebenshälfte beschreiben und verstehen lassen.

1.1 Der Deutsche Alterssurvey (DEAS)

Um die Chancen des demografischen Wandels nutzen und die mit diesem Wandel verbundenen Herausforderungen gezielt angehen zu können, sind umfassende und gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse zu Alter und Altern notwendig. Der Deutsche Alterssurvey (DEAS) bietet diese Erkenntnisgrundlage. Seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten lassen sich die Lebenssituationen von Menschen in der zweiten Lebenshälfte mit Hilfe der DEAS-Daten beschreiben. Der DEAS ist die bedeutendste Langzeitstudie

zum Thema Alter und Altern in Deutschland und wird seit Mitte der 1990er Jahre aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Er stellt die zentrale Informationsgrundlage für politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, aber auch für die interessierte Öffentlichkeit und für die wissenschaftliche Forschung dar.

Der DEAS ist eine bundesweit repräsentative Langzeitbefragung von Personen im Alter

von 40 bis 85 Jahren. Insgesamt werden die Befragten zu folgenden Themenbereichen um Auskunft gebeten: Arbeit und Ruhestand; Generationen, Familie und soziale Netzwerke; außerberufliche Tätigkeiten und ehrenamtliches Engagement; Wohnen und Mobilität; wirtschaftliche Lage und wirtschaftliches Verhalten; Lebensqualität und Wohlbefinden; Gesundheit und Gesundheitsverhalten, Hilfe- und Pflegebedürftigkeit sowie Einstellungen, Normen, Werte und Altersbilder.

Das breite thematische Spektrum und die Kombination von Quer- und Längsschnittbefragung (kohortensequenzielles Design) machen den DEAS zur idealen Datenbasis, um Fragen zu Alter und Altern zu beantworten. Dabei werden grundsätzlich zwei zeitliche Perspektiven berücksichtigt: der soziale Wandel einerseits und individuelle Entwicklungsverläufe andererseits. Im vorliegenden Buch wird die Perspektive des sozialen Wandels fokussiert. Es geht also um die Frage, ob und in welchen Bereichen sich die Lebenssituationen von Menschen in der zweiten Lebenshälfte über zwei Jahrzehnte verändert haben. Im Jahr 1996 wurde die erste Erhebung des DEAS durchgeführt, es folgten in Abständen von sechs Jahren weitere Erhebungen mit repräsentativen Stichproben der Bevölkerung in Deutschland (2002, 2008, 2014). Mit der ak-

tuellen Datenerhebung des Jahres 2014 können gesellschaftliche Veränderungen in den Lebenssituationen Älterer über einen Zeitraum von bis zu 18 Jahren untersucht werden. Insgesamt gehen die Informationen von über 20.000 Befragten in die Analysen dieses Buches ein (vgl. Kapitel 2).

Das vorliegende Buch soll gesellschaftliche und politische Akteure dabei unterstützen, die Chancen und Herausforderungen des demografischen und sozialen Wandels zu ergreifen und zu bewältigen. Dabei steht der soziale Wandel der Lebenssituationen in der zweiten Lebenshälfte mit der Perspektive auf Teilhabe und Integration im Mittelpunkt des Buches. Das Buch richtet sich an den folgenden übergreifenden Fragen aus:

- *Aktuelle Lage*
Wie stellen sich im Jahr 2014 die Lebenssituationen von Menschen in der zweiten Lebenshälfte dar? Wie unterscheiden sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen?
- *Trends und sozialer Wandel*
Wie haben sich die Lebenssituationen von Menschen in der zweiten Lebenshälfte zwischen 1996 und 2014 gewandelt? Zeichnen sich unterschiedliche Trends für verschiedene gesellschaftliche Gruppen ab?

1.2 Übergreifende Ziele der Alternspolitik: Teilhabe und Integration älterer Menschen

Die Bundesregierung hat im September 2015 die Weiterentwicklung der Demografiestrategie beschlossen. Neben der Sicherung des gesellschaftlichen Wohlstandes, der regionalen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sowie der Sicherung staatlicher Handlungsfähigkeit steht der gesellschaftliche Zusammenhang im Mittelpunkt politischer Maßnahmen der Demografiestrategie. Teilhabe und Integration sind dabei zentrale politische Ziele und erstrecken sich im Wesentlichen auf die Lebensbereiche

von Arbeitswelt, Familie, sowie Wohnen und Nachbarschaft.

Der Begriff der Teilhabe beschreibt einerseits die Zugänglichkeit gesellschaftlicher Güter und Rechte und andererseits das Mitmachen, Mitgestalten und Mitentscheiden in Gemeinschaft und Gesellschaft. Integration bedeutet den Einbezug von Menschen in Gruppen, Gemeinschaften und Organisationen und ist damit das Gegenteil von Exklusion beziehungsweise Ausschluss. Teilhabe und Integration in der zweiten Lebenshälfte haben viele Facetten. Der längere

Verbleib älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Erwerbsleben, die Einbettung in Unterstützungsnetzwerke aus Familienmitgliedern, Freundinnen, Freunden, Nachbarinnen und Nachbarn sowie die Wohnbedingungen sind in diesem Zusammenhang wichtige Komponenten. Integration ist dabei nicht allein eine Zustandsbeschreibung, sondern ein fortwährender Prozess der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung. Es ist also von hoher Bedeutung, die Integration älterer Menschen in Arbeitswelt, Familie, Nachbarschaft und Gesellschaft über die Zeit hinweg zu betrachten.

Mit der übergreifenden Aufgabe, die Teilhabe und Integration älterer Menschen zu sichern, haben sich in den letzten Jahrzehnten politische Handlungsfelder herausgebildet, die für die Bewältigung der demografischen und sozialen Veränderungen zentral sind. Dabei geht es zum einen um die *Verlängerung des Erwerbslebens*. Eine abnehmende Anzahl von Erwerbstätigen steht einer größer werdenden Anzahl von Personen im Ruhestand gegenüber – mit daraus erwachsenden Herausforderungen für das Erwerbs- und Rentensystem. Diesen aktuellen Herausforderungen versucht die Politik beispielsweise mit einer schrittweisen Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters zu begegnen.

Die *Vereinbarkeit von Beruf und Sorgetätigkeiten* als politische Aufgabe geht damit ebenso einher: Die Zahl Älterer mit Unterstützungs- und Pflegebedarf wird weiter ansteigen – gleichzeitig nehmen insbesondere die familialen Ressourcen für Unterstützung und Pflege ab. Neben veränderten Familienstrukturen beeinflusst auch die gestiegene und längerfristige Erwerbstätigkeit die Bedingungen informeller Pflege und Unterstützung: Immer mehr Pflege- und Hilfeleistungen sind erwerbstätig. Informelle Unterstützung wird weiterhin häufiger durch Frauen als Männer geleistet. Und dies bei sich zwischen den Geschlechtern angleichenden Erwerbsquoten. Die *Gleichstellung* der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen ist daher ein weiteres wichtiges Handlungsfeld, um Teilhabe und Integration zu erreichen. Die meisten Menschen wollen bis ins hohe Alter in ihrem gewohnten Umfeld bleiben, selbst bei starken gesundheitlichen Einschränkungen. *Selbstständiges Wohnen im Alter* zu gewährleisten, ist daher eine weitere zentrale Aufgabe. Dabei geht es darum, die eigene Wohnung oder das unmittelbare Wohnumfeld so zu gestalten, dass die Gegebenheiten Handlungsmöglichkeiten bieten und keine Barrieren darstellen.

1.3 Sozialer Wandel von Teilhabe und Integration in der zweiten Lebenshälfte

Unter sozialem Wandel werden Veränderungen der Sozialstruktur einer Gesellschaft oder einzelner ihrer Bereiche verstanden (Schäfers 2012). Neben Veränderungen der gesellschaftlichen Makrostruktur (z. B. Wirtschaftssystem) betrifft der soziale Wandel auch Prozesse auf der gesellschaftlichen Mesoebene (z. B. Institutionen und Organisationen), sowie Veränderungen auf der Ebene von Personen (Mikroebene, z. B. Werthaltungen oder Handlungen). Sozialer Wandel betrifft also die Strukturen einer Gesellschaft. Diesen gesellschaftlichen Strukturen widmet sich die Sozialstrukturanalyse, bei der

es darum geht, die Wechselbeziehungen und Wirkungszusammenhänge einzelner gesellschaftlicher Teilbereiche zu untersuchen. Dabei liegt der Fokus je nach Theorietradition oder Forschungsagenda zum Beispiel auf dem sozialen Rollengefüge innerhalb einer Gesellschaft, auf der Verteilung der Bevölkerung nach Merkmalen wie Alter, Bildung und Einkommen, oder auf der Analyse sozialer Ungleichheit.

Theorien des sozialen Wandels fragen nach den Ursachen, Mechanismen und Auswirkungen der Veränderung von Sozialstruktur. Fortschritte in Technik und Wissenschaft gelten als

Hauptmotoren des sozialen Wandels, aber auch politische Ideologien oder religiöse Überzeugungen können ein Faktor sozialer und kultureller Veränderungen sein. Sozialer Wandel ist eine ‚Grundkonstante‘ der Moderne (Schimank 2012: 19). Für Alter und Altern in Deutschland ist der soziale Wandel in den folgenden Bereichen von Bedeutung: Bevölkerungsstruktur, private Lebensformen, Formen der Erwerbstätigkeit und sozialer Sicherung, Wohn- und Siedlungsformen sowie Bildung und Kultur. Im Folgenden werden diese Teilbereiche des sozialen Wandels, die auch in den Kapiteln dieses Buches aufgegriffen werden, näher erläutert.

1.3.1 Wandel der Bevölkerungsstruktur

Die Bevölkerungsentwicklung eines Landes ist unter anderem durch Geburten, Sterbefälle, Ein- und Auswanderung bestimmt. In Deutschland sinkt die Sterblichkeit seit etwa zweieinhalb Jahrhunderten (Hradil 2012). Durch bessere hygienische Verhältnisse, bessere Ernährung und medizinischen Fortschritt sank zunächst die Kindersterblichkeit. Verbesserte allgemeine Lebens- und Arbeitsbedingungen trugen dann zu einer Reduzierung der Sterblichkeit im mittleren Lebensalter bei. Seit dem Zweiten Weltkrieg sinkt auch die Sterblichkeit im hohen Alter. Die Lebensphase ‚Alter‘ umfasst inzwischen mehrere Jahrzehnte. Heute 60-jährige Frauen haben eine fernere Lebenserwartung von 25 Jahren, bei heute 60-jährigen Männern beträgt sie 22 Jahre (Statistisches Bundesamt 2012) – und sie wird sich absehbar weiter verlängern.

Erst weit nach dem Rückgang der Sterblichkeit sanken in Deutschland auch die Geburtenzahlen. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen betrug die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 1,8 und unterschritt damit bereits die notwendige Zahl von 2,1 Kindern pro Frau zum Erhalt der Bevölkerungszahl (Hradil 2012). Auf den Zweiten Weltkrieg folgte seit Mitte der 1950er bis in die Mitte der 1960er Jahre insbesondere in Westdeutschland ein Geburtenanstieg, der ‚Babyboom‘. Auf den Babyboom folgte für ein Jahrzehnt bis Mitte der 1970er ein dra-

matischer Geburtenrückgang, der sogenannte ‚Pillenknick‘. In Westdeutschland sind die Geburtenraten seit Mitte der 1970er Jahre bis heute stabil. Der Geburtenrückgang war in der DDR nicht so stark ausgeprägt und zudem abgefedert durch bevölkerungs- und familienpolitische Maßnahmen. Allerdings kam es in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung zu einem schlagartigen Absinken der Geburtenzahlen, die sich mittlerweile wieder auf dem Niveau der alten Bundesländer eingependelt haben. Verursacht durch den Babyboom und die abfallenden Geburtenzahlen schiebt sich in der Bundesrepublik ein ‚Geburtenberg‘ durch die Bevölkerungsstruktur (Geißler & Meyer 2014). Dieser Geburtenberg ist heute ein ‚Berg von Erwerbstätigen‘ und in den nächsten Jahrzehnten wird aus ihm schließlich ein ‚Rentnerberg‘ werden – mit gravierenden Auswirkungen auf die Systeme der sozialen Sicherung und die privaten Lebensbedingungen der Betroffenen.

Deutschland hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland entwickelt. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind etwa zwölf Millionen Vertriebene und Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach Deutschland gekommen – etwa zwei Drittel nach West- und ein Drittel nach Ostdeutschland. Seit Mitte der 1950er Jahre wanderten im Zuge der Anwerbung von Arbeitskräften etwa vier Millionen ‚Gastarbeiter‘ vor allem aus Mittelmeerländern nach Westdeutschland ein. In den 1980er bis in die frühen 1990er Jahre zogen verstärkt Asylsuchende nach Deutschland – mit Einführung der ‚Drittstaatenregelung‘ ebnete der Zuzug von Geflüchteten jedoch abrupt ab. Zur gleichen Zeit wanderten aus Osteuropa und der damaligen Sowjetunion wieder verstärkt ‚Spätaussiedler‘ ein. Da Wanderungen über die Grenzen von Nationalstaaten hinweg – anders als das Geburtengeschehen und die Sterblichkeit – viel stärker von nationalen gesetzlichen Regelungen und der politisch-ökonomischen Weltlage abhängen, kommt es hier zu stärkeren Schwankungen über die Zeit. In den letzten Jahren zeichnet sich Deutschland jedoch durch ein rückläufiges positives Wanderungssaldo aus – in manchen Jahren wandern sogar mehr Menschen aus als ein.

Allerdings kann im vorliegenden Buch nicht auf die aktuelle Zuwanderung durch Flüchtlinge eingegangen werden. Die Datenerhebung des Deutschen Alterssurveys fand im Jahr 2014 statt, also vor dem Beginn der Zuwanderung von Flüchtlingen ab dem Sommer 2015.

Für Deutschland gilt daher: Wir werden weniger, älter und bunter. Das anstehende massive Geburtendefizit – selbst bei gleichbleibender relativer Kinderzahl pro Frau werden von den geburtenschwachen Jahrgängen der 1970er Jahre absolut weniger Kinder geboren werden – lässt die Bevölkerung trotz positiver Wanderungssalden und steigender Lebenserwartung schrumpfen. Die Bevölkerungsentwicklung der Zukunft wird daher entscheidend von der Entwicklung der Zuwanderung bestimmt sein. Die steigende Lebenserwartung in Verbindung mit geringen Geburtenzahlen führt zudem zu einer Alterung der Bevölkerung, das heißt der Großteil der Bevölkerung entfällt auf ältere Jahrgänge. Dieser Alterungsprozess wird erst wieder merklich gebremst, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer verstorben sind, also etwa ab dem Jahr 2050.

Die Schrumpfung und Alterung bringt verschiedene Probleme mit sich. Die wachsende Zahl älterer Erwerbstätiger bringt einerseits reiche Erfahrungsschätze mit sich, gleichzeitig wird der Weiterbildungsbedarf steigen. Zudem wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter insgesamt zurückgehen. Hierdurch kann es zu einem zunehmenden Fachkräftemangel in spezifischen Berufsfeldern kommen. Lösungen für die Behebung dieses Mangels werden in einer allgemeinen oder berufsspezifischen Höherqualifizierung sowie in einer Erhöhung der Erwerbstätigenquote gesehen. Diese kann zum Beispiel durch das Heraufsetzen des Renteneintrittsalters, einer Verkürzung der Erstausbildungszeiten oder einer Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit gelingen. Zudem können Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten den Bedarf an Fachkräften puffern. Die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme geraten durch den schrumpfenden Pool an Beitragszahlerinnen und -zahlern, dem eine wachsende Zahl von Anspruchsberechtigten gegenüber steht, in Bedrängnis. Die oben be-

schriebenen Gegenmaßnahmen können auch hier greifen – außerdem werden Leistungskürzungen, verstärkte private finanzielle Vorsorge und verlässliche Unterstützungsstrukturen in Familie und Nachbarschaft als Lösungen diskutiert. Schließlich wird der wachsende Anteil von Hochaltrigen und Pflegebedürftigen zu Kostensteigerungen im Gesundheitswesen führen und ganz neue Aufgaben an Arbeitsmärkte, Dienstleistungen und familiäre Unterstützungsnetzwerke stellen.

Die Alterung der Bevölkerung ist aber keineswegs ausschließlich problembehaftet. Ein langes Leben gilt als hohes Gut: Es ist immer mehr Menschen in Deutschland möglich, ihre gewonnenen Lebensjahre in guter Gesundheit zu verbringen und ihre Lebensumstände bis ins hohe Alter aktiv mitzugestalten. Dies setzt auch Potenziale für den Arbeitsmarkt und für bürgerschaftliches Engagement frei. Genauso wenig wie die Alterung nur problematisch ist, ist der demografische Wandel nicht ausschließlich als ein Zusammenwirken von Bevölkerungsprozessen zu verstehen. Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung sind Teil des sozialen Wandels, sie sind Ausdruck von Veränderungen des Wertesystems und damit verbundenen veränderten Präferenzen und Möglichkeiten.

Das Modell des ‚Zweiten Demografischen Übergangs‘ (z. B. Lesthaeghe 1983) beschreibt für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einen Wertewandel hin zu postmaterialistischen und individualistischen Werten und macht die jüngeren Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur vor allem an veränderten Einstellungen und Verhaltensweisen in Bezug auf Ehe und Elternschaft fest. Im Zuge einer allgemeinen Modernisierung werden mit ‚Individualisierung‘ Prozesse beschrieben, die ganz generell den Wandel von einer Fremd- zu einer Selbstbestimmung des Individuums beschreiben und insbesondere auf die privaten Lebensformen wirken. Zum einen geht es dabei um die Veränderung von traditionellen Rollen und Identitäten. Zum anderen ist damit die freie Wahl von Bindungen und Beziehungen gemeint und schließlich geht mit Individualisierung eine autonome Lebensführung, sprich eine Selbstverwirklichung der Persönlichkeit einher. Veränderungen in Bezug

auf Ehe, Elternschaft und Haushaltsstrukturen machen dies besonders deutlich.

1.3.2 Wandel der privaten Lebensformen, Familien- und Haushaltsstrukturen

Private Lebensformen, Familien- und Haushaltsstrukturen sind ein weiteres gesellschaftliches Feld, das für die Sozialstrukturanalyse und damit für die Beschreibung und Analyse des Wandels von Lebenssituationen im Alter zentral ist. Da unter dem Begriff ‚Familie‘ nicht mehr alle Formen des Zusammenlebens zu fassen sind, wird die Familie heute im Rahmen einer Differenzierung und Pluralisierung als eine Variante privater Lebensformen verstanden. Mit dem Ende der 1960er Jahre kommt es zu einem Rückgang der Eheschließungen. Heute bleibt etwa ein Drittel aller Erwachsenen – Männer etwas häufiger als Frauen – dauerhaft unverheiratet. Zudem wird nicht nur seltener geheiratet, sondern auch später. So hat sich das Alter bei Erstheirat in den letzten fünfzig Jahren von Mitte 20 auf Anfang 30 verlagert. Ein wesentlicher Grund für die Abkehr von der Ehe ist die voranschreitende Entkopplung von Elternschaft und Ehe. Heute ist es sozial anerkannt, auch unverheiratet Kinder zu bekommen. Außerdem passen relativ starre Verbindlichkeiten der Ehe nicht mehr zum heutigen Verständnis von Partnerschaft, welches auf Zuneigung, individueller Selbstverwirklichung und Kommunikation basiert – eine Partnerschaft wird damit auch nur so lange aufrechterhalten, solange die Beteiligten dies als sinnvoll erachten. Neben einer sinkenden Heiratsneigung sind steigende Scheidungsraten ein weiterer Indikator für eine Individualisierung. 2011 lag der Anteil der Ehen, die geschieden wurden, bei etwa 40 Prozent – und damit fast dreimal so hoch wie noch in der Mitte der 1960er Jahre (zwölf Prozent) (Meyer 2014: 424). Am häufigsten werden Ehen nach etwa fünf bis sechs Jahren geschieden, sie dauern im Schnitt etwa 15 Jahre. Aber auch Ehescheidungen in späteren Lebensphasen nehmen zu, das Scheidungsrisiko liegt zwischen dem 20. und 30. Ehejahr mittlerweile bei etwa 27 Prozent. Kin-

der haben nur in jungen Jahren einen ehestabilisierenden Effekt, Scheidungen sind unter anderem in Städten, bei niedriggebildeten Paaren sowie in Beziehungen, in denen beide erwerbstätig sind, besonders häufig.

Kinder werden nicht nur häufiger unehelich geboren, sie werden auch später im Lebenslauf einer Frau geboren und wachsen mit weniger Geschwistern auf. Seit den 1980er Jahren treten zudem kinderlose Lebensformen häufiger auf. Dabei ist der Verzicht auf Elternschaft immer häufiger freiwillig – Kinder werden nicht mehr als Voraussetzung für ein erfülltes, glückliches Leben gesehen. Neben dem Fehlen eines geeigneten Partners oder einer geeigneten Partnerin lässt sich dauerhafte Kinderlosigkeit auch durch materielle Aspekte und steigende Opportunitätskosten erklären.

Dass soziale Normen weniger verbindlich werden, ist insbesondere bei Frauen entscheidend für die beschriebenen Veränderungen. Wachsende Bildungsbeteiligung und Erwerbstätigkeit der Frauen führen dazu, dass sie ökonomisch zunehmend unabhängiger von Mann und Ehe werden. Die Entscheidung zur Mutterschaft ist zur selbstbestimmten Option geworden und unterliegt der Vereinbarkeit mit anderen Lebensbereichen wie Beruf und Karriere.

Zu den bedeutendsten ‚neuen‘ Lebensformen zählt zunächst das nichteheliche Zusammenleben eines Paares. Diese Lebensform ist mittlerweile so verbreitet, dass sie nicht mehr länger nur als Vorform der Ehe angesehen werden kann. Sie ist auch immer häufiger ein Phänomen der zweiten Lebenshälfte – etwa dann, wenn Menschen nach einer Scheidung mit einem neuen Partner oder einer neuen Partnerin zusammenleben ohne erneut zu heiraten. Zu den neuen Lebensformen gehören auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Wenn auch schwer in ihrer Verbreitung zu beziffern, ist eine fortschreitende gesellschaftliche Akzeptanz homosexueller Partner- und Elternschaft zu verzeichnen, die sich auch in gesetzlichen Regelungen wie der zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft und den davon abgeleiteten Rechten (z. B. steuerrechtliches Splittingverfahren, Erbrecht, Stiefkind-Adoption) zeigt.

In Deutschland lebten im Jahr 2010 etwa 1,6 Millionen Alleinerziehende; aus der Perspektive der in dieser Lebensform aufwachsenden Kinder macht das einen Anteil von etwa 17 Prozent aus. Es handelt sich dabei in aller Regel um alleinerziehende Mütter; alleinerziehende Väter sind nur zu etwa zehn Prozent vertreten (Meyer 2014: 432). Stigmatisierungen sind mit dieser Lebensform nur noch selten verbunden, allerdings zeichnen sich Einelternfamilien durch eine überproportional häufige Betroffenheit von Armutslagen aus. Durch Trennung beziehungsweise Scheidung und neu gestiftete Partnerschaften kommt es beim Vorhandensein von Kindern immer häufiger zu ‚Patchwork-Familien‘, sodass Eltern und Kinder mit einem Stiefelternanteil und möglicherweise weiteren Stiefkindern oder -geschwistern zusammenleben – die Beziehungsgefüge zwischen leiblichen und sozialen Familienmitgliedern können daher äußerst komplex werden.

Ein weiterer Aspekt der privaten Lebensformen betrifft die Haushaltsform. Nicht selten wird der wachsende Anteil von ‚Single-Haushalten‘ – Alleinlebenden – als Ausdruck von Vereinzelung verstanden. Es gibt vielfältige Gründe für ein Alleinleben: Im jüngeren und mittleren Lebensalter sind es vor allem verlängerte Ausbildungszeiten, eine zeitliche Entkopplung von Verlassen des Elternhauses und eigener Familiengründung, Paare mit getrennten Haushalten und die steigenden Trennungs- und Scheidungsraten, die ein Alleinleben bedingen. Im höheren Alter hat sich die Anzahl von Einpersonenhaushalten stark erhöht – von etwa 1,5 Millionen zu Beginn der 1960er Jahre (Westdeutschland) auf etwa 5,5 Millionen im Jahr 2011 (Meyer 2014: 436). Verantwortlich hierfür ist unter anderem die gestiegene Lebenserwartung und es sind vor allem ältere (verwitwete) Frauen, die alleine leben.

Soziale Beziehungen sind eine wesentliche Quelle für soziale Integration, Lebensqualität und Wohlbefinden über den gesamten Lebenslauf hinweg. Partnerschaften und die Bindungen zu den eigenen Kindern und Enkelkindern gehören dabei zu den engsten sozialen Beziehungen älter werdender Menschen. Diese Beziehungen vermitteln Gefühle von Zugehörigkeit,

Intimität und Sinnhaftigkeit. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil der Alltagsgestaltung und häufig durch gegenseitige Hilfe und Unterstützung gekennzeichnet. Veränderungen in den Strukturen und Funktionen privater Lebensformen sind für Integration und Teilhabe also von zentraler Bedeutung. Noch ist die Pluralisierung und Dynamisierung der Lebensformen vorrangig in den jüngeren Kohorten zu finden, sie betrifft aber immer häufiger auch Menschen in der zweiten Lebenshälfte – zunächst eher in der Form der ‚betroffenen‘ älteren Eltern oder Großeltern. Komplexer werdende private Lebenssituationen im Alter bringen es mit sich, dass Verbindlichkeiten und Verantwortlichkeiten weniger verlässlich und planbar werden und (immer wieder) neu verhandelt werden müssen. Während zentrale familiäre Ereignisse der zweiten Lebenshälfte wie zum Beispiel der Übergang zu Großelternschaft unsicherer werden, sind die Lebenssituationen in vielen Fällen vom gleichzeitigen Vorhandensein mehrerer familialer Generationen gekennzeichnet. Während sich die Beziehungsnetzwerke in bestimmten privaten Lebensformen also einerseits vervielfältigen und möglicherweise verkomplizieren, werden sie für andere wiederum durch die Abwesenheit von Partner/in, Kindern und Enkelkindern geprägt sein.

1.3.3 Wandel von Erwerbstätigkeit, Ruhestand und sozialer Sicherung

Erwerbstätigkeit und materielle Lagen sind von hoher Bedeutung für die Lebensqualität älterer Menschen. Die Erwerbstätigkeit ist eine zentrale Form der gesellschaftlichen Partizipation. Zugleich ist die Erwerbsarbeit für eine große Zahl von Personen die vornehmliche Quelle des Einkommens und für die darauf aufbauende soziale Absicherung im Alter. Seit den 1950er Jahren haben sich Erwerbsverläufe in Deutschland deutlich verändert und sind bunter geworden. Der sogenannte Normalerwerbsverlauf mit durchgängiger Vollzeitbeschäftigung, den Männer früherer Erwerbskohorten sowohl in West- als auch in Ostdeutschland häufig aufwie-

sen, hat an Allgemeingültigkeit verloren. Phasen mit nicht regulärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit haben an Bedeutung gewonnen und Erwerbsverläufe sind insgesamt diskontinuierlicher geworden. (Simonson, Romeu Gordo, & Kelle 2015; Trischler 2014). Diese Entwicklung zeigt sich besonders ausgeprägt in den neuen Bundesländern und in besonderem Maße für die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer. Bei Frauen hat die Erwerbsbeteiligung insbesondere in den alten Bundesländern zugenommen, während die bereits zu DDR-Zeiten hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung insgesamt stagniert, jedoch mit einem deutlichen Bedeutungszuwachs der Teilzeitbeschäftigung und sinkenden Vollzeitbeschäftigungsraten (Simonson, Romeu Gordo, & Titova 2011).

Vor dem Hintergrund weitreichender Veränderungen der Arbeitswelt wie dem technologischen Fortschritt, dem Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft und der Globalisierung haben sich auch Arbeitsbedingungen und -belastungen verändert. Diskutiert werden neben (im Zeitverlauf eher abnehmenden) physischen Belastungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zunehmend auch psychische Belastungen, z. B. durch einen gestiegenen Leistungs- und Termindruck (Lohmann-Haislah 2012). Hinzu können Belastungen durch die Sorge um den Arbeitsplatz kommen. Auch wenn die Arbeitslosenquoten seit 2005 insgesamt rückläufig sind und sich derzeit auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau befinden, haben befristete Beschäftigungsformen und Arbeitsplatzwechsel in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Außerdem ist seit Umsetzung der Hartz-Reformen mit höheren finanziellen Einbußen bei längerer Arbeitslosigkeit zu rechnen und durch die mit den Reformen verknüpfte Politik des ‚Förderns und Forderns‘ besteht möglicherweise die Befürchtung, im Falle eines Arbeitsplatzverlustes auch nicht angemessene Arbeitsangebote annehmen zu müssen.

Während die Erwerbsbeteiligung Älterer in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich gestiegen ist (Naumann & Romeu Gordo 2010), sank das durchschnittliche Renteneintrittsalter bis Ende der 1990er Jahre zunächst, ist seitdem

aber wieder deutlich angestiegen. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf die Abkehr der arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Orientierung auf die Frühverrentung und die Einschränkung von Möglichkeiten eines vorzeitigen Altersrentenbezugs. Durch die Einführung von Rentenabschlägen wurde der vorgezogene Renteneintritt zunehmend unattraktiver. Seit 2012 wurde zudem mit der schrittweisen Heraufsetzung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre begonnen. Dieser Politik der Verlängerung des Erwerbslebens steht die 2014 eingeführte Möglichkeit eines vorzeitigen Ruhestandeintritts nach 45 Beitragsjahren bereits mit 63 Jahren entgegen.

Mit Blick auf den demografischen Wandel wurden in den letzten Jahren weitreichende Rentenreformen umgesetzt. Das Ziel der Lebensstandardsicherung im Alter durch die gesetzliche Rentenversicherung wurde im Zuge der Rentenreformen ab 2001 weitgehend aufgegeben, um die aufgrund der demografischen Veränderungen zu erwartende Erhöhung der Beitragssätze abzufedern. Zentrale Merkmale der Reformen sind die sinkenden Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung und die stärkere Betonung der betrieblichen und privaten Alterssicherung. Für Personen, die derzeit und zukünftig in den Ruhestand gehen, hat dies in der Regel negative Auswirkungen auf ihre Renteneinkommen. Nach einer langjährigen Phase der Verbesserung materieller Lagen im Alter zeichnet sich somit ab, dass die Einkommen Älterer – aufgrund der Reformen des Rentensystems, aber auch aufgrund sich verändernder Erwerbsverläufe – zukünftig geringer ausfallen werden als in vorangegangenen Kohorten. Dies trifft zunächst die geburtenstarke Kohorte der Babyboomer, wird voraussichtlich aber auch nachfolgende Geburtskohorten betreffen.

Neben den Renteneinkünften sind insbesondere Vermögen und Erbschaften von Bedeutung für die finanzielle Lebenssituation im Alter. Diese sind in hohem Maße ungleich verteilt. Sowohl der Besitz von Geldvermögen, als auch der Erhalt oder die Erwartung von Erbschaften sind in den neuen Bundesländern seltener als in den alten Bundesländern, und Personen mit höherem Einkommen erben häufiger als

Personen mit niedrigen Einkünften (Motel-Klingebiel, Simonson, & Romeu Gordo 2010; Vogel, Künemund, & Kohli 2011). Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit zu erben, in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen, und es ist davon auszugehen, dass sich die zu erwartenden Erbschaften in Anzahl und Höhe weiter erhöhen werden.

Die sozialen Ungleichheiten haben sich in den letzten Jahren sowohl in Bezug auf Vermögen als auch hinsichtlich der Einkommen erhöht. So haben sich zwar die Haushaltseinkommen zwischen neuen und alten Bundesländern seit der Wiedervereinigung angenähert, sowohl innerhalb der alten als auch der neuen Länder hat die Einkommensspreizung aber deutlich zugenommen (Goebel, Habich, & Krause 2013). Darüber hinaus ist die Armutgefährdung insgesamt und für einzelne Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch für Ältere, gestiegen.

Vor dem Hintergrund der sich verändernden materiellen Lebenssituation im Alter bekommt auch das Thema der Erwerbstätigkeit nach dem Ruhestandseintritt eine neue Bedeutung. Die Erwerbsbeteiligung im Ruhestand hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, allerdings werden finanzielle Gründe dabei wesentlich seltener als Motiv genannt als beispielweise der Spaß an der Arbeit oder der Wunsch nach einer Aufgabe (Engstler & Romeu Gordo 2014). Die Erwerbstätigkeit nach dem Ruhestandseintritt ist also nicht nur ein Ausdruck finanzieller Notwendigkeiten, sondern kann vor dem Hintergrund sich wandelnder Altersbilder, verbesserter Gesundheit und gestiegener Bildungsniveaus auch als eine Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe und des aktiven Alterns gesehen werden.

1.3.4 Wandel der Wohnverhältnisse und regionalen Kontexte

Für die Mehrheit der Bevölkerung ist die eigene Wohnung der zentrale Lebensort, der mit zunehmendem Lebensalter an Bedeutung gewinnt (Claßen, Oswald, Doh, Kleinemas, & Wahl 2014). Die Nachbarschaft oder das Quar-

tier sind jene räumlichen Einheiten, in denen sich das alltägliche Leben abspielt und die eine besondere Bedeutung für gutes Altern haben (Oswald, Kaspar, Frenzel-Erkert, & Konopik 2013; Wahl, Iwarsson, & Oswald 2012). Gespräche mit Nachbarn, das Einkaufen beim Bäcker oder dem Lebensmittelladen, der Arztbesuch in der Hausarztpraxis finden häufig in der Nähe der eigenen Wohnung statt. Diese räumlichen Kontexte stellen wesentliche Rahmenbedingungen für individuelle Alternsprozesse und ihre Bewältigung dar (Kawachi & Berkman 2003). Erst mit der Berücksichtigung dieses Kontextes lassen sich Ressourcen, Hindernisse und Gestaltungsmöglichkeiten für ein gutes Alter beschreiben und verstehen (Wahl, Iwarsson, & Oswald 2012).

Die Gemeinde ist der Bezugspunkt für das alltägliche Leben, wie z. B. Aktivitäten oder die Versorgung mit Lebensmitteln. Allerdings sind Einrichtungen der fachlichen Versorgung, wie etwa Facharztpraxen und Pflegeeinrichtungen, insbesondere in ländlichen Gebieten häufig nicht vor Ort, sondern auf der Ebene des (Land-) Kreises oder der nächsten kreisfreien Stadt zu erreichen. Für den Lebensalltag älter werdender Menschen hat also das kommunale Umfeld eine besondere Bedeutung: Die Kommune ist als die kleinste räumlich-politische Verwaltungseinheit im Wesentlichen für die Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger zuständig; die lokale Infrastruktur und sozialen Netzwerke in der örtlichen Gemeinschaft bestimmen maßgeblich die Qualität des Lebens im Alter mit. Je nach finanziellem Spielraum, Siedlungsstruktur (Ballungsräume, verstärkte Räume, ländliche Räume) oder anderen Merkmalen, bestehen also deutliche regionale Unterschiede, die Voraussetzung für Teilhabe und Partizipation von den dort lebenden Menschen sind.

Diese regionalen Unterschiede unterliegen einem Wandel über die Zeit hinweg. So vollziehen sich demografische Prozesse in den verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich. Der Bevölkerungsrückgang wird regional unterschiedlich stark ausfallen: Die neuen Bundesländer werden insgesamt stärker betroffen sein. In beiden Landesteilen werden insbesondere ländliche Räume einen stärkeren Bevölkerungs-

rückgang erleben. Durch mangelnde Nachfrage etwa nach Dienstleistungen, Arztpraxen, Schulen oder Öffentlichem Nahverkehr werden diese Einrichtungen in gering besiedelten Gebieten vermutlich verstärkt ihre Dienste einstellen – was wiederum weitere Abwanderungen in Richtung der Ballungsräume zur Folge haben kann. In der Raumordnungspolitik wird eine „sich selbst verstärkende [...] Abwärtsspirale peripherer ländlicher Räume infolge ungünstiger ökonomischer, demographischer und infrastruktureller Entwicklungen“ diskutiert (BBSR 2012). Die Beachtung und Analyse regionaler Unterschiede und ihres Wandels sind von erheblicher Bedeutung, wenn es darum geht die Kontexte der Lebenssituationen von Menschen in der zweiten Lebenshälfte angemessen zu beschreiben (Wiest, Nowossadeck, & Tesch-Römer 2015).

1.3.5 Wandel von Bildung und Kultur

Bildung stellt in modernen Gesellschaften eine zentrale Ressource für Lebenschancen dar. Neben der Funktion der Platzierung eines Individuums innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie hat Bildung auch eine Auslese- und Selektionsfunktion. Allerdings wirkt diese nicht nur über Leistung, sondern auch nach sozialen Merkmalen. Insofern beeinflusst Bildung die vertikale soziale Mobilität, den Zugang zu Lebenschancen und verursacht Ungleichheiten über den gesamten Lebensverlauf hinweg (z. B. Ferraro, Shippee, & Schafer 2009). Veränderungen im Zugang zu Bildung und in der Qualifikationsstruktur einer Gesellschaft sind also von besonderer Bedeutung, wenn es um die Voraussetzungen für Integration und Teilhabe Älterer geht.

Die in beiden deutschen Staaten seit den 1950er Jahren stattfindende Bildungsexpansion ist eines der deutlichsten Phänomene des sozialen Wandels. Im Zuge der Bildungsexpansion kam es zu einem massiven Ausbau der sekundären und tertiären Bildungsbereiche – mit der Folge, dass Personen länger im Bildungssystem verweilen und ein größerer Anteil der Bevöl-

kerung über mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse verfügt. Mit der Bildungsexpansion ging also eine allgemeine Höherqualifizierung einher. Zum Beispiel haben 1960 nur sechs Prozent aller Schülerinnen und Schüler die Schule mit einer Studienberechtigung verlassen, im Jahr 2011 waren es 60 Prozent (Geißler 2014: 336).

Die Bildungsexpansion hat insofern auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur hervorgerufen, weil den noch eher schlecht ausgebildeten Kohorten besser gebildete nachfolgen. Die Höherqualifizierung der Bevölkerung hat das Verhältnis der Bildungsschichten zueinander verändert – es kam zu einer ‚Umschichtung nach oben‘ (Geißler 2014: 342). Insgesamt verlief die Bildungsexpansion in beiden deutschen Staaten sehr ähnlich, mit dem Unterschied dass sie in der DDR früher begann und dort ein größerer Personenkreis davon profitieren konnte.

Als Ursachen für die Bildungsexpansion werden einerseits wachsende Bildungsbedarfe genannt: Fortschritte in Wissenschaft und Technik erfordern entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte. Andererseits wird das menschliche Streben nach Statussicherheit und Aufstieg als Triebfeder der Bildungsexpansion angesehen. In der Folge der Bildungsexpansion kommt es zu einem Wachstum von Wirtschaft und Wohlstand. Die mit der Bildungsexpansion einhergehende Demokratisierung im Sinne einer wachsenden kritischen Reflexion politischer und gesellschaftlicher Vorgänge führt zu stärkerer politischer Partizipation und Teilhabe. Dies zeigt sich zum Beispiel am Entstehen einer Demonstrationskultur oder der Organisation von Bürgerinitiativen. Soziale Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verringern sich, indem Frauen zunehmend ökonomisch eigenständig und unabhängig werden. Mit der Bildungsexpansion geht auch ein Wertewandel einher: Höhere Bildung führt zu höherer Individualisierung, einer Freisetzung aus traditionellen Normen und zu einer Pluralisierung im Wertebereich. Postmaterielle Werte wie Selbstverwirklichung, Lebensqualität und Autonomie sind handlungsleitend und führen zu einer Differenzierung der Formen des privaten Zusammenlebens.

Die Bildungsexpansion hat aber auch eine paradoxe Situation hervorgebracht: Von ihr haben zwar Kinder aus allen Bevölkerungsschichten profitiert, allerdings sind die Bildungschancen weiterhin schichtspezifisch ungleich verteilt. Zwar erreichen benachteiligte Schichten inzwischen häufiger ein mittleres Bildungsniveau. Die Chancen auf eine höhere Bildung sind jedoch verstärkt schichtspezifisch.

Der sozial strukturierte Zugang zu Bildung sorgt nicht nur in frühen Lebensphasen für ungleich verteilte Lebenschancen, sondern er wirkt auf unterschiedliche Weise bis ins Alter in verschiedenen Lebensbereichen nach. Zunächst eröffnet eine gute Ausbildung Zugang zu Berufen mit höherem Einkommen und schließlich besseren materiellen Lagen im Rentenalter sowie der Möglichkeiten zu privater Vorsorge (Motel-Klingebiel et al. 2010). Vermittelt über das Wissen über vorteilhafte Gesundheitsverhaltensweisen oder allgemeine Arbeits- und Lebensbedingungen wirkt Bildung auch auf die gesundheitliche Situation im Alter (Wurm, Schöllgen, & Tesch-Römer 2010). Ehrenamtliches Engagement und unterstützende soziale Netzwerke sind in höheren Bildungsschichten häufiger zu finden (Fiori, Smith, & Antonucci 2007; Naumann & Romeu Gordo 2010). Niedrigere Bildung geht mit brüchigeren privaten Biografien einher – z. B. Scheidungen sind hier häufiger. Andererseits sind insbesondere höher Gebildete häufiger kinderlos und können daher auf andere Weise mit reduzierten familialen Lebenssituationen im Alter konfrontiert sein.

Auch die Kultur und Werte einer Gesellschaft sind vom sozialen Wandel betroffen. Gerade die wachsende Zahl an älteren Menschen mit guter Gesundheit prägt durch ihre Partizipation individuelle und gesellschaftliche Werthaltungen sowie die Wahrnehmung von älteren Menschen mit. Ältere Menschen und Themen rund um das Alter sind zunehmend medial präsent, bei-

spielsweise in Filmen, Dokumentationen oder in der Werbung. Selbst wenn eher angstbesetzte Themen – wie Krankheit, Pflege und Demenz – ebenfalls thematisiert werden, wird zunehmend ein Bild eines aktiven und fitten Alters transportiert. Individuelle Altersbilder, das heißt Sichtweisen auf das eigene Älterwerden, sind somit auch dem sozialen Wandel ausgesetzt. Durch eine steigende Zahl von aktiven und fitten älteren Aktionsträgern in der Gesellschaft ist bereits ein Wandel hin zu positiveren Altersbildern zu verzeichnen (Wurm & Huxhold 2012).

Die Förderung eines positiven Altersbilds ist nicht nur für individuelle Lebensläufe sondern auch für die Prävention von Altersdiskriminierung ein wichtiges Handlungsfeld. Gerade wenn die Potenziale einer alternden Gesellschaft genutzt werden sollen, ist es wichtig, Altersdiskriminierung entschieden entgegenzuwirken. Eine aktive Lebensphase nach dem Ruhestandsübergang und eine damit verbundene postmaterialistische Werteentwicklung hin zu Selbstverwirklichung bis ins hohe Alter können jedoch auch mit Konflikten zwischen den Generationen verbunden sein. Während ein Generationenkonflikt in den 1960er Jahren eher in unterschiedlichen Werthaltungen begründet war, ist heute eher eine Auseinandersetzung um verteilungspolitische Fragen bis hin zur Ablehnung des ‚Generationenvertrags‘ zu erwarten (z. B. Hollfelder 2012). Damit verbindet sich möglicherweise auch ein Wandel von Einstellungen zur privaten beziehungsweise staatlichen Alterssicherung. Aufgrund der zu erwartenden zahlenmäßig kleineren Kindergeneration und politischer Maßnahmen hin zu mehr privater Vorsorge ist ein Wandel hin zur Befürwortung von privater Alterssicherung zu erwarten. Gleichzeitig sollten diese Einstellungen von familiären Hintergründen und finanziellen Ressourcen der Personen abhängen.

1.4 Vielfalt und Ungleichheit in der zweiten Lebenshälfte

Ältere Menschen sind keineswegs eine homogene Gruppe. Die Lebenssituationen und Lebensumstände in der zweiten Lebenshälfte sind vielfältig und unterschiedlich – das Alter hat viele verschiedene Gesichter. Vielfalt betrifft zunächst nur die Feststellung, dass es Unterschiede zwischen Menschen gibt, ohne diese Unterschiede zu bewerten. Im Gegensatz dazu liegt soziale Ungleichheit vor, wenn Unterschiede mit Benachteiligungen bzw. Bevorzungen verknüpft sind. Im Fall der sozialen Ungleichheit gibt es also eine Bewertung der Vielfalt: Unterschiede können als Benachteiligung oder Bevorzugung gewertet werden. Wird etwa eine gesellschaftliche Gruppe beim Zugang zu erstrebenswerten Gütern oder Positionen benachteiligt, eine andere gesellschaftliche Gruppe aber bevorzugt, so wird von sozialer Ungleichheit gesprochen. Allgemein gesprochen entsteht soziale Ungleichheit, wenn bestimmte soziale Positionen mit Vor- oder Nachteilen verknüpft sind (Solga, Berger, & Powell 2009). Zum Beispiel kann der Zugang zum Arbeitsmarkt sozial ungleich verteilt sein: Ältere Menschen, Frauen, Menschen mit geringer Bildung und Menschen aus ländlichen Regionen sind beim Zugang zum Arbeitsmarkt benachteiligt (im Vergleich zu jüngeren Menschen, Männern, Menschen mit höherer Bildung sowie Menschen aus städtischen Regionen). Mit der Position auf dem Arbeitsmarkt wiederum sind zum Beispiel Einkommenshöhe, Ansehen und Integration in soziale Netzwerke verbunden. Daher können das Alter, das Geschlecht, die Bildung oder der Wohnort einer Person Determinanten von sozialer Ungleichheit sein.

Bei einer Betrachtung der unterschiedlichen und möglicherweise ungleichen Lebenssituationen ist es wichtig zu berücksichtigen, dass Menschen in der zweiten Lebenshälfte bereits ein erhebliches Stück ihres Lebens gelebt haben und mit entsprechend unterschiedlichen Voraussetzungen ins Alter kommen. Soziale Ungleichheit beginnt nicht erst in der Lebensphase Alter, sondern ist in der Regel schon früh im Leben

wirksam. Allerdings ist fraglich, wie stabil soziale Ungleichheit in der zweiten Lebenshälfte ist.

- Die These der ‚*Kontinuität*‘ geht davon aus, dass soziale Ungleichheiten im Laufe des Lebens bestehen bleiben. Menschen starten von unterschiedlichen Ausgangspositionen und die früh im Leben festgelegten Unterschiede verändern sich bis ins hohe Alter nicht.
- Die These der ‚*Angleichung*‘ besagt, dass bestehende Ungleichheiten in späteren Lebensphasen abgebildet werden können – beispielsweise durch sozialstaatliche Regelungen, die in späteren Lebensphasen stärker greifen als in früheren Lebensabschnitten.
- Die These der ‚*Differenzierung*‘ geht dagegen von einer weiteren Verstärkung der sozialen Ungleichheit im späteren Lebenslauf aus. Risiken und Ressourcen kumulieren im Laufe des Lebens. Personen mit guten Ausgangsbedingungen (etwa einer guten Bildung) werden mit hoher Wahrscheinlichkeit anregende Berufe ergreifen und ein auskömmliches Einkommen haben, während Personen mit schlechten Ausgangsbedingungen im weiteren Lebensverlauf mit Belastungen und Risiken konfrontiert sind.
- Die These der ‚*Altersbedingtheit*‘ geht davon aus, dass sich die Determinanten für soziale Ungleichheit über den Lebenslauf verändern. Im Alter werden dieser These nach bestimmte Gruppenzugehörigkeiten bedeutsam für eine bessere oder schlechtere Position im sozialen Gefüge.

Für die Analyse von sozialer Ungleichheit in späteren Lebensphasen ist zudem zu beachten, dass unterschiedliche Ungleichheitsmerkmale zusammenwirken können. Bereits länger bestehende Ungleichheiten können im Alter von neuen Ungleichheitsfaktoren möglicherweise überlagert oder verstärkt („Intersektionalität“) werden. So sind einerseits Kumulationseffekte

denkbar, die zu einer weiteren Verstärkung von sozialer Ungleichheit im Alter führen können, andererseits kann es zu einer Verlagerung weg von materiellen hin zu gesundheitlichen oder sozialen Dimensionen von Ungleichheit kommen (Backes & Clemens 2013).

Das vorliegende Buch soll auch die Frage beantworten, wie die Chancen für soziale Teilhabe und Integration in der zweiten Lebenshälfte nach individuellen, sozialstrukturellen und räumlichen Voraussetzungen verteilt sind. Zentral sind dabei Unterschiedlichkeiten und Ungleichheiten zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die sich an den Kategorien Alter, Geschlecht, Bildung und Region festmachen.

1.4.1 Alter

Die zweite Lebenshälfte wird im DEAS als die Altersspanne zwischen 40 und 85 Jahren konzeptualisiert. Im Rahmen dieses Buches werden somit sowohl die Lebenssituationen von Personen mittleren Alters, von Menschen rund um das Ruhestandsalter und von Personen an der Schwelle zur Hochaltrigkeit gleichermaßen betrachtet. Insofern dient die Zuordnung zu bestimmten Altersgruppen einer Differenzierung von Lebensphasen, die jeweils mit spezifischen Rollenanforderungen (z. B. Erwerbstätigkeit) versehen sind. In der querschnittlichen Betrachtung eines historischen Zeitpunktes zeigen sich anhand der Altersgruppe also zunächst die über altersspezifische Rollenerwartungen verteilten gesellschaftlichen Güter und die daran geknüpften Ungleichheiten (z. B. Zugang zu Arbeitsmarkt, Einkommen).

Eine weitere Perspektive ergibt sich, wenn über das Alter beziehungsweise den Geburtszeitpunkt Altersgruppen im Sinne von zusammengefassten Geburtsjahrgängen („Kohorten“) gebildet werden. Die jeweils vorherrschenden historischen Gegebenheiten (z. B. Verhältnis der Geschlechter) und Ereignisse (z. B. Krieg, Wiedervereinigung), die den Lebenslauf einer Kohorte prägen, werden dann als Erklärungsmuster für soziale Ungleichheiten (z. B. Zugang zu Bildung, Gesundheitszustand) herangezogen. Die für dieses Buch zentrale Perspektive des sozialen Wandels lässt sich anhand von

Altersgruppenunterschieden im Kohortenvergleich einnehmen. Ein Beispiel hierfür: Erleben später geborene Kohorten erst in einem höheren Lebensalter funktionale Einschränkungen, so könnte dies auf die Kompression der Morbidität hinweisen, also das Auftreten von Erkrankungen in einem sich verkürzenden Abschnitt am Lebensende. Ein weiteres Beispiel ist der Übergang in die Großelternschaft: Wenn Menschen im Jahr 2014 die Großelternschaft in einem höheren Alter erleben als dies im Jahr 1996 der Fall war, so deuten sich hier Folgen von sich wandelnden Familiengründungsmustern an. Die Kinder der (werdenden) Großeltern entschließen sich später, selbst eine Familie zu gründen und Kinder zu haben.

1.4.2 Geschlecht

Das Geschlecht ist über den gesamten Lebenslauf zentral für soziale Ungleichheit (Backes 2007; Geißler 2014). Unabhängig von den individuellen Entscheidungen, die Frauen und Männer im Verlauf ihres Lebens treffen, gibt ihre Geschlechtszugehörigkeit „strukturierte Wege durch die Sozialstruktur“ vor (Krüger 2009: 448). Auch Veränderungen und Entwicklungsverläufe in der Lebensphase Alter werden von der Geschlechtszugehörigkeit geprägt („ageing is a gendered process“, Arber & Ginn 1991:2).

Soziale Ungleichheiten zwischen älteren Männern und Frauen sind wesentlich durch die ungleiche Verteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit in früheren Lebensphasen verursacht (Simonson, Romeu Gordo, & Kelle 2014). Aufstiegsbarrieren für Frauen lassen sich an der geschlechtsspezifischen Sozialisation, an patriarchalen Strukturen innerhalb der Arbeitswelt und an der geschlechtsspezifischen innerfamilialen Arbeitsteilung festmachen (Geißler 2014). Ältere Frauen sind im Ergebnis finanziell schlechter abgesichert als Männer, da sie im Erwerbsleben geringere Einkommen erzielen (durch Unterbrechungen, Teilzeit, etc.), eher prekär über die Ehe abgesichert sind und schließlich auch in allen drei Säulen der Rentenversicherung benachteiligt sind.

Allerdings verfügen Frauen, auch im Alter, in der Regel über größere und vielfältigere soziale Netzwerke als Männer und stehen auch häufiger in Kontakt zu Menschen in ihrem Netzwerk (Antonucci & Akiyama 1987). Zudem haben Frauen mehr Unterstützungspotenzial, beispielsweise mit Blick auf Rat oder Trost geht (Huxhold, Mahne, & Naumann 2010). Frauen verfügen somit über mehr soziale Ressourcen, um andere Benachteiligungen auszugleichen oder zu puffern. Schließlich haben Frauen zwar eine höhere Lebenserwartung, sind aber häufiger von chronischen Krankheiten und Pflegebedürftigkeit betroffen (Backes 2007).

Im vorliegenden Buch wird daher auch der Frage nachgegangen, in welchen Lebensbereichen es in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer Veränderung von Geschlechterunterschieden gekommen ist. Die gestiegene Erwerbspartizipation und Bildungsbeteiligung von Frauen spielt dabei für verschiedene Lebensbereiche eine zentrale Rolle. Dabei kann auch deutlich werden, ob sich, bei einer Verringerung von Geschlechterunterschieden, die Frauen eher den Männern angleichen oder ob – umgekehrt – die Lebenssituationen von Männern denen von Frauen ähnlicher werden.

1.4.3 Bildung

Neben Alter und Geschlecht ist Bildung eine zentrale Determinante sozialer Ungleichheit, in modernen Gesellschaften stellt der erreichte Bildungsgrad sogar die wichtigste Dimension dar. Chancenungleichheiten machen sich ganz wesentlich am Bildungsniveau fest: Mit höherer Bildung ist ein leichter Zugang zu gesellschaftlichen Positionen, zu Mitgestaltungsmöglichkeiten, guten Arbeits- und Wohnverhältnissen sowie hilfreichen sozialen Netzwerken verbunden.

In Deutschland ist die soziale Herkunft entscheidend für den Bildungserfolg in Kindheit, Jugend und jungem Erwachsenenalter und damit für den Bildungsstatus, der im weiteren Lebensverlauf Möglichkeiten erschließen kann (oder nicht). Zusätzlich zu primären Effekten wie schichtspezifischer Sozialisation und kognitiven Kompetenzen wirken sekundäre Effekte wie elterliche Wünsche und Entscheidungen

schon früh im Lebensverlauf (Stocké, Blossfeld, Hoenig, & Sixt 2011). Insofern gelten Bildungsungleichheiten als besonders stabil über die Zeit und über den Lebenslauf.

Ungleiche Lebenssituationen in der zweiten Lebenshälfte können auf Bildungsunterschiede als eine wichtige Ursachenkette über den Lebenslauf zurückgeführt werden – keine andere Variable kann Unterschiede beim Einkommen und subjektivem Wohlbefinden im Alter besser vorhersagen als die Bildung (Farkas 2003). Dabei besteht der Zusammenhang zwischen (früh im Lebenslauf erworbener) Bildung und sozialer Ungleichheit in späteren Lebensphasen nicht allein über den Zugang zu Berufen, Einkommen und Prestige. Mit Bildung („Humankapital“) gehen weitere günstige Ressourcen einher, wie kulturelles (z. B. Umgangsformen) und soziales (z. B. hilfreiche soziale Netzwerke) Kapital, die nicht nur Einkommenschancen sondern auch interpersonale Kompetenzen (z. B. Kontrollüberzeugungen, Selbstwirksamkeit) und einen gesunden Lebensstil begünstigen. So zeigt sich beispielsweise, dass mit höherer Bildung die Beteiligung am Erwerbsleben auch in späteren Lebensphasen steigt (Büttner 2005) – damit zentral verbunden ist die finanzielle Situation. Zudem belegen zahlreiche Studien, dass bei Personen mit niedrigerer Bildung bestimmte Krankheiten, Beschwerden und Risikofaktoren häufiger vorkommen (Lampert & Kroll 2014; von dem Knesebeck & Mielck 2009) und dass sie zudem höhere Sterblichkeitsraten aufweisen (Becker 1998). Schließlich gehen mit höherer Bildung auch größere und heterogenere soziale Unterstützungsnetzwerke einher (Fiori et al. 2007).

1.4.4 Region

In Deutschland gibt es erhebliche regionale Unterschiede hinsichtlich Wohlstand, Infrastrukturausstattung und Bevölkerungszusammensetzung (BBSR 2012). Allerdings stehen für die Erfassung räumlicher Disparitäten wenige gut ausgearbeitete Konzepte zur Verfügung, wie sie etwa in der Analyse von Sozialstruktur Verwendung finden (z. B. Schicht oder Milieu). Insofern sind angemessene Indikatoren oder Erhebungs-

instrumente für die Erfassung von Raum als Ungleichheitsdimension noch nicht vorhanden (Barlösius & Neu 2008).

Eine wichtige Unterscheidung bei der Beschreibung regionaler Vielfalt ist die Differenzierung von städtischem und ländlichem Raum beziehungsweise verschiedener siedlungsstruktureller Gebietstypen (Ballungsräume, verdichtete Räume, ländliche Räume). In Ballungsräumen kommt es zu räumlichen Konzentrationen von Menschen und damit auch zu einer Konzentration sozialer und wirtschaftlicher Aktivitäten. Den verdichteten Kerngebieten und suburbanisierten Räumen stehen dünn besiedelte und häufig strukturschwache Regionen gegenüber. Diese Gebiete werden oft als ländlicher Raum bezeichnet. Über Unterschiede in der Siedlungsdichte weisen unterschiedliche Regionen in Deutschland ungleiche Ausstattungen mit Arbeitsplätzen, Dienstleistungen, Infrastruktur sowie sozioökonomischen und demografischen Merkmalen auf.

Obwohl mittlerweile 25 Jahre seit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung vergangen sind, ist die regionale Differenzierung zwi-

schen alten und neuen Bundesländern immer noch relevant. Insbesondere mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich, dass es zwischen Ost- und West-Deutschland erhebliche regionale Unterschiede gibt (Maretzke 2006). Mit Blick auf die materielle Lage können Geschlechtsunterschiede durch regionale Disparitäten verstärkt werden: Frauen in den alten Bundesländern haben wesentlich häufiger diskontinuierliche Erwerbsbiografien und arbeiten häufiger Teilzeit als in den neuen Bundesländern. Die in den neuen Bundesländern zwischen Männern und Frauen deutlich ähnlicheren Erwerbsbiografien führen dazu, dass weibliche Altersarmut in Westdeutschland ein viel stärker ausgeprägtes Phänomen ist. Auch die Lebensverläufe von Menschen in Ost- und West-Deutschland, beispielsweise mit Blick auf den Zeitpunkt familialer Übergänge, auf Bildungsunterschiede, auf Werthaltungen sowie auf die Erfahrung von Arbeitslosigkeit. Zudem vollziehen sich die demografische Alterung, Prozesse der Zu- und Abwanderung und der wirtschaftlichen Prosperität regional sehr unterschiedlich.

1.5 Ausblick auf das Buch

Im vorliegenden Buch wird der Wandel von Teilhabe und Integration in der zweiten Lebenshälfte in verschiedenen Lebensbereichen dargestellt. Betrachtet wird der Zeitraum von 1996 bis 2014, also beinahe zwei Jahrzehnte des Wandels. Dabei werden nicht allein allgemeine Trends betrachtet, sondern auch gefragt, ob sich Unterschiede und Ungleichheiten aufgrund von Alter, Geschlecht, Bildung oder Region im sozialen Wandel verändert haben. Dies bedeutet, dass im vorliegenden Buch nicht allein Unterschiede berichtet werden, sondern auch Ähnlichkeiten und Annäherungen zwischen Gruppen dargestellt werden. Mit einer geschärften Wahrnehmung für soziale Differenzierungen und Ungleichheiten lassen sich Grenzen von Teilhabe und Integration erkennen und politische Handlungsbedarfe ableiten.

Das Buch nutzt die thematische Vielfalt des DEAS und umfasst sieben Oberthemen: Erwerbstätigkeit und Ruhestand, Materielle Lage, Gesundheit und Wohlbefinden, Partnerschaft und Generationenbeziehungen, Unterstützung und soziale Integration, Wohnung und Wohnumfeld, Einstellungen und Diskriminierung, sowie Migrationshintergrund. Insgesamt umfasst das Buch zum DEAS 2014 neben diesem Einleitungskapitel und einem Kapitel zu Daten und Methoden 22 inhaltliche Kapitel. Das Buch schließt mit einem politikorientierten Fazit.

Literatur

- Antonucci, T. C., & Akiyama, H. (1987). An examination of sex differences in social support among older men and women. *Sex Roles*, 17(11/12), 737-749.
- Arber, S., & Ginn, J. (1991). *Gender and later life: a sociological analysis of resources and constraints*. London: Sage.
- Backes, G. M. (2007). Geschlechter - Lebenslagen - Altern. In: U. Pasero, G. M. Backes & K. R. Schroeter (Hrsg.) *Altern in Gesellschaft. Ageing - Diversity - Inclusion* (S. 151-183). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Backes, G. M. (2005). Alter(n) und Geschlecht: ein Thema mit Zukunft. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 49-50, 31-38.
- Backes, G. M., & Clemens, W. (2013). *Lebensphase Alter. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Altersforschung*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Barlößius, E., & Neu, C. (2008). *Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?* Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2012). *Raumordnungsbericht 2011*. Bonn: BBSR.
- Becker, R. (1998). Bildung und Lebenserwartung in Deutschland. Eine empirische Längsschnittuntersuchung aus der Lebensverlaufs-perspektive. *Zeitschrift für Soziologie*, 27(2), 133-150.
- Büttner, R. (2005). *Höhere Erwerbsbeteiligung in Westdeutschland – Mehr Arbeitslosigkeit und Frühverrentungen in Ostdeutschland [Altersübergangs-Report 05]*. Duisburg-Essen: Institut Arbeit und Qualifikation.
- Claßen, K., Oswald, F., Doh, M., Kleinemas, U., & Wahl, H.-W. (2014). *Umwelten des Alterns*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Engstler, H., & Romeu Gordo, L. (2014). Arbeiten im Ruhestand - Entwicklung, Faktoren und Motive der Erwerbstätigkeit von Altersrentenbeziehern. In: E. Kistler & F. Trischler (Hrsg.) *Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung - Folgen für die Einkunfts-lage im Alter* (S. 115-147). Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Farkas, G. (2003). Human Capital and the Long-Term Effects of Education on Late-Life Inequality. In: S. Crystal & D. Shea (Hrsg.) *Annual Review of Gerontology and Geriatrics* (S. 138-154). New York: Springer.
- Ferraro, K. F., Shippee, T. P., & Schafer, M. H. (2009). Cumulative inequality theory for research on aging and the life course. In: V. L. Bengtson, M. Silverstein, N. M. Putney & D. Gans (Hrsg.) *Handbook of theories of aging* (Bd. 22, S. 413-433). New York: Springer.
- Fiori, K. L., Smith, J., & Antonucci, T. C. (2007). Social network types among older adults: A multidimensional approach. *The Journals of Gerontology Series B: Psychological Sciences and Social Sciences*, 62(6), P322-P330.
- Geißler, R. (2014). Bildungsexpansion und Wandel der Bildungschancen: Veränderungen im Zusammenhang von Bildungssystem und Sozialstruktur. In: R. Geißler (Hrsg.) *Die Sozialstruktur Deutschlands* (Bd. 7, S. 333-372). Wiesbaden: Springer VS.
- Geißler, R., & Meyer, T. (2014). Struktur und Entwicklung der Bevölkerung. In: R. Geißler (Hrsg.) *Die Sozialstruktur Deutschlands* (Bd. 7, S. 27-58). Wiesbaden: Springer VS.
- Goebel, J., Habich, R., & Krause, P. (2013). Einkommensentwicklung: Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik. In: Statistisches Bundesamt & Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.) *Datenreport 2013* (S. 168-180). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hollfelder, T. (2012). Konfliktpotenziale zwischen Alt und Jung im deutschen Wohlfahrtsstaat: eine quantitative Analyse des European Social Survey (EES). *Journal für Generationengerechtigkeit*, 12, 17-30.
- Hradil, S. (2012). Bevölkerung. Die Angst vor der demografischen Zukunft. In: S. Hradil (Hrsg.) *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde*. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Huxhold, O., Mahne, K., & Naumann, D. (2010). Soziale Integration. In: A. Motel-Klingebiel, S. Wurm & C. Tesch-Römer (Hrsg.) *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)* (S. 215-233). Stuttgart: Kohlhammer.
- Kawachi, I., & Berkman, L. (2003). Introduction. In: I. Kawachi & L. Berkman (Hrsg.) *Neighborhoods and health* (S. 1-19). New York: Oxford University Press.
- Knesebeck, O. von dem, & Mielck, A. (2009). Soziale Ungleichheit und gesundheitliche Versorgung im höheren Lebensalter. In: A. Börsch-Supan, K. Hank, H. Jürges & M. Schröder (Hrsg.) *50plus in Deutschland und Europa. Ergebnisse des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe* (S. 135-147). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krüger, H. (2009). Prozessuale Ungleichheit. Geschlecht und Institutionenverknüpfungen im Lebenslauf. In: H. Solga, J. Powell & P. A. Berger (Hrsg.) *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse* (S. 447-462). Frankfurt am Main: Campus Verlag.

- Lampert, T., & Kroll, L. E. (2014). Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung. *GBE Kompakt*, 5(2), 1-13.
- Lesthaeghe, R. (1983). A Century of Demographic and Cultural Change in Western Europe: An Exploration of Underlying Dimensions. *Population and Development Review*, 9(3), 411-435. doi: 10.2307/1973316.
- Lohmann-Haislah, A. (2012). *Stressreport Deutschland 2012. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden*. Dortmund: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.
- Maretzke, S. (2006). Siedlungsstrukturelle Gebietstypen - eine bleibende Herausforderung. *Informationen zur Raumentwicklung*, 2006(9), 473-484.
- Meyer, T. (2014). Der Wandel der Familie und anderer privater Lebensformen. In: R. Geißler (Hrsg.) *Die Sozialstruktur Deutschlands* (Bd. 7, S. 413-454). Wiesbaden: Springer VS.
- Motel-Klingebiel, A., Simonson, J., & Romeu Gordo, L. (2010). Materielle Sicherung. In: A. Motel-Klingebiel, S. Wurm & C. Tesch-Römer (Hrsg.) *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)* (S. 61-89). Stuttgart: Kohlhammer.
- Naumann, D., & Romeu Gordo, L. (2010). Gesellschaftliche Partizipation: Erwerbstätigkeit, Ehrenamt und Bildung. In: A. Motel-Klingebiel, S. Wurm & C. Tesch-Römer (Hrsg.) *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)* (S. 118-141). Stuttgart: Kohlhammer.
- Oswald, F., Kaspar, R., Frenzel-Erkert, U., & Konopik, N. (2013). *Hier will ich wohnen bleiben! Ergebnisse eines Frankfurter Forschungsprojekts zur Bedeutung des Wohnens in der Nachbarschaft für gesundes Altern*. Frankfurt am Main: Goethe-Universität Frankfurt am Main und BHF-BANK-Stiftung.
- Schäfers, B. (2012). *Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Schimank, U. (2012). Sozialer Wandel. Wohin geht die Entwicklung? In: S. Hradil (Hrsg.) *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde*. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Simonson, J., Romeu Gordo, L., & Kelle, N. (2015). Separate paths, same direction? Destandardization of male employment biographies in East and West Germany. *Current Sociology*, 63(3), 387-710. doi: 10.1177/0011392115572380.
- Simonson, J., Romeu Gordo, L., & Kelle, N. (2014). Parenthood and Subsequent Employment: Changes in the Labor Participation of Fathers across Cohorts as Compared to Mothers. *Fathering: A Journal of Theory, Research and Practice about Men as Fathers*, 12(3), 320-336.
- Simonson, J., Romeu Gordo, L., & Titova, N. (2011). Changing employment patterns of women in Germany: How do baby boomers differ from older cohorts? A comparison using sequence analysis. *Advances in Life Course Research*, 16(2), 65-82.
- Solga, H., Berger, P. A., & Powell, J. (2009). Soziale Ungleichheit - Kein Schnee von gestern! Eine Einführung. In: H. Solga, J. Powell & P. A. Berger (Hrsg.) *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse* (S. 11-45). Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Statistisches Bundesamt (2012). Lebenserwartung in Deutschland erneut gestiegen. Pressemitteilung vom 02. Oktober 2012. Online: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/10/PD12_344_12621.pdf.pdf;jsessionid=7B69B8F36CBF77C4FD0DB0A92A30D305.cae3?__blob=publicationFile (zuletzt abgerufen 15.07.2016).
- Stocké, V., Blossfeld, H.-P., Hoening, K., & Sixt, M. (2011). Social inequality and educational decisions in the life course. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 14, 103-119. doi: 10.1007/s11618-011-0193-4.
- Trischler, F. (2014). *Erwerbsverlauf, Altersübergang, Alterssicherung. Zunehmende soziale Ungleichheit im Alter*. Wiesbaden: Springer VS.
- Vogel, C., Künemund, H., & Kohli, M. (2011). Familiäre Transmission in der zweiten Lebenshälfte. Erbschaften und Vermögensungleichheit. In: P. A. Berger, K. Hank & A. Tölke (Hrsg.) *Reproduktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie* (S. 73-92). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wahl, H.-W., Iwarsson, S., & Oswald, F. (2012). Aging well and the environment: Toward an integrative model and research agenda for the future. *The Gerontologist*, 52(3), 306-316.
- Wiest, M., Nowossadeck, S., & Tesch-Römer, C. (2015). *Regionale Unterschiede in den Lebenssituationen älterer Menschen in Deutschland* [DZA-Diskussionspapier 57]. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Wurm, S., & Huxhold, O. (2012). Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung von Altersbildern. In: F. Berner, J. Rossow & K.-P. Schwitzer (Hrsg.) *Individuelle und kulturelle Altersbilder. Expertisen zum Sechsten Altenbericht der Bundesregierung* (S. 27-69). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wurm, S., Schöllgen, I., & Tesch-Römer, C. (2010). Gesundheit. In: A. Motel-Klingebiel, S. Wurm & C. Tesch-Römer (Hrsg.) *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)* (S. 90-117). Stuttgart: Kohlhammer.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 2.5 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/2.5/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.